

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:140324-2018:TEXT:DE:HTML>

**Deutschland-Arzfeld: Dienstleistungen von Architektur-
und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen
2018/S 063-140324**

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) Name und Adressen

Verbandsgemeinde Arzfeld
Luxemburger Straße 6
Arzfeld
54687
Deutschland
E-Mail: Arzfeld@Bieteranfrage.de
NUTS-Code: DEB23

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: www.vg-Arzfeld.de
Adresse des Beschafferprofils: <http://www.vg-arzfeld.de/download/ausschreibung.php>

I.2) Gemeinsame Beschaffung

I.3) Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: www.subreport.de/E11261532

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:

Vergabeberatungsstelle Klaeser GmbH
Auf dem Kalk 5
Montabaur
56410
Deutschland

Telefon: +49 26029973890
E-Mail: Arzfeld@Bieteranfrage.de
Fax: +49 32121239232
NUTS-Code: DEB1B

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: www.Vergabeberatungsstelle.de
Adresse des Beschafferprofils: <https://www.vergabeberatungsstelle.de/aktuelle-ausschreibungen>
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: www.subreport.de/E11261532

I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) Umfang der Beschaffung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:

Planungsleistungen zur Sanierung/zum Neubau der Kläranlage Arzfeld

II.1.2) CPV-Code Hauptteil

71240000

II.1.3) Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4) Kurze Beschreibung:

Die Kläranlage Arzfeld (1 600 EW) wird derzeit als Teichkläranlage betrieben. Sie entspricht nicht mehr dem Stand der Technik, die Reinigungsleistung ist nicht ausreichend. Entsprechend dem aktuellen Bescheid der Aufsichtsbehörde sowie den wasserwirtschaftlichen Zielen der Verbandsgemeinde Arzfeld ist zeitnah eine Planung zu erstellen, die eine ordnungsgemäße Abwasserreinigung für den Einzugsbereich der Kläranlage sicherstellt. Im Rahmen der zu vergebenden Planungsleistungen soll eine technisch und wirtschaftlich nachhaltige Lösung gefunden werden. Diese Lösung soll dann planerisch umgesetzt und zur baulichen Realisierung geführt werden. Es wird derzeit davon ausgegangen, dass die Ausbaugröße der sanierten Kläranlage ca. 1 800 EW beträgt. Desweiteren ist die Kläranlagenzufahrt zu ertüchtigen, eine ordnungsgemäße Regenwasserbehandlung sicherzustellen sowie nach Inbetriebnahme der neuen Kläranlage der Altstandort zu renaturieren.

II.1.5) Geschätzter Gesamtwert

II.1.6) Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) Beschreibung

II.2.1) Bezeichnung des Auftrags:

II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s)

71322200

71520000

71320000

71356400

71321000

71322000

71222000

71221000

II.2.3) Erfüllungsort

NUTS-Code: DEB23

Hauptort der Ausführung:

Arzfeld

II.2.4) Beschreibung der Beschaffung:

Gegenstand der beabsichtigten Vergabe ist die Erbringung von Planungsleistungen für Ingenieurbauwerke (§ 43 HOAI Leistungsphasen 1-9) sowie Planungsleistungen für die technische Ausrüstung (§ 55 HOAI Leistungsphasen 1-9).

Die vergebende Stelle beabsichtigt eine stufenweise Vergabe von Planungsleistungen. In der Leistungsstufe 1 sollen die Leistungsphasen 1 bis 4 nach HOAI beauftragt werden.

In der Leistungsstufe 2 beabsichtigt die vergebende Stelle für die genehmigte Planung die Vergabe der Leistungsphasen 5 bis 9 nach HOAI sowie als Besondere Leistungen u.a. die örtliche Bauüberwachung, Vermessungs- und SiGeKo-Leistungen.

Die auf die Leistungsstufe 1 aufbauenden Leistungen werden optional ausgeschrieben. Auf die Beauftragung der weiteren Leistungen/Stufen besteht kein Rechtsanspruch.

II.2.5) Zuschlagskriterien

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6) Geschätzter Wert

II.2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 13/08/2018

Ende: 31/05/2019

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Innerhalb der v. g. Zeitspanne soll die Leistungsstufe 1 abgeschlossen sein. Für die Bearbeitung der optional zu beauftragenden Leistungsstufe 2 sind mit deren Beauftragung entsprechende Bearbeitungszeiten zu vereinbaren.

II.2.9) Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3

Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

1. Erfahrung des Bewerbers mit der Erbringung von Planungs- und Bauüberwachungsleistungen im Bereich der Sanierung und Erweiterung von Kläranlagen anhand der angegebenen Referenzen, die die Mindestanforderungen an die Referenzen gemäß Ziffer III.1.3) der Bekanntmachung erfüllen (50 %). Durch die Einreichung von zus. Referenzen (über die Mindestanzahl hinaus) kann eine bessere Bewertung erzielt werden.
2. Berufserfahrung der zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen (20 %).
3. Gesammelte Berufserfahrung der zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen anhand der eingereichten Referenzen, die die Mindestanforderungen erfüllen (20 %).
4. Einhaltung der geplanten Bauzeit und der geplanten Baukosten, wie sie sich aus den Referenzen ergeben (10 %).

II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Die vergebende Stelle beabsichtigt eine stufenweise Vergabe von Planungsleistungen. In der Leistungsstufe 1 die Leistungsphasen 1 bis 4 nach HOAI beauftragt werden.

In der Leistungsstufe 2 beabsichtigt die vergebende Stelle für die genehmigte Planung die Vergabe der Leistungsphasen 5 bis 9 nach HOAI sowie als Besondere Leistung die örtliche Bauüberwachung.

Die auf die Leistungsstufe 1 aufbauenden Leistungen werden optional ausgeschrieben. Auf die Beauftragung der weiteren Leistungen/Stufen besteht kein Rechtsanspruch.

II.2.12) Angaben zu elektronischen Katalogen

II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) **Zusätzliche Angaben**

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) **Teilnahmebedingungen**

III.1.1) **Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

1. Erklärung des Bewerbers, dass in der Person des Bewerbers oder durch ein Verhalten seiner Person oder durch das Verhalten einer Person, die dem Bewerber zuzurechnen ist, keine Ausschlussgründe nach § 42 Abs. 1 VgV in Verbindung mit § 123 GWB begründet sind.
2. Erklärung des Bewerbers, dass in der Person des Bewerbers oder durch ein Verhalten seiner Person oder durch das Verhalten einer Person, die dem Bewerber zuzurechnen ist, keine Ausschlussgründe nach § 42 Abs. 1 VgV in Verbindung mit § 124 GWB begründet sind.
3. Erklärung des Bewerbers, dass keine Abhängigkeiten von Ausführungs- und Lieferinteressen bestehen (gemäß § 73 Abs. 3 VgV). Gehört der Bewerber einer Gruppe von Unternehmen an, hat er mit seinem Teilnahmeantrag zu erklären, inwieweit er mit den weiteren Unternehmen verknüpft ist.
4. Ist der Bewerber eine juristische Person, hat er mit seinem Teilnahmeantrag einen Handelsregisterauszug oder den Rechtsvorschriften seines Heimatstaates entsprechenden Nachweis vorzulegen.

Die vorgenannten Auskünfte sind mit dem Teilnahmeantrag zu erklären. Werden die Leistungen von einer Bietergemeinschaft angeboten, sind die Auskünfte gemäß vorstehenden Ziffern 1 bis 4 für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erklären. Will sich der Bieter bei der Leistungserbringung eines Dritten bedienen, sind die Auskünfte auf Verlangen auch vom Dritten abzugeben.

III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

1. Erklärung über den Gesamtumsatz des Bewerbers und seinen Umsatz für die Dienstleistungen, die mit der ausgeschriebenen Planungsleistung vergleichbar sind, in den letzten drei Geschäftsjahren (§ 45 Abs. 1 Nr. 1 VgV);
2. Erklärung, ob und hinsichtlich welcher Leistungen sich der Bewerber der Kapazitäten anderer Unternehmer bedient, und dass die dann erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen (§ 47 Abs. 1 VgV);
3. Angaben des Teils des Auftrages, den der Bewerber unter Umständen an Dritte vergeben will.

Die vorgenannten Auskünfte sind mit dem Teilnahmeantrag schriftlich (bei Abgabe in Papierform) bzw. elektronisch in Textform (bei Abgabe in elektronischer Form) zu erklären. Werden die Leistungen von einer Bietergemeinschaft angeboten, sind die Auskünfte für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erklären. Will sich der Bieter bei der Leistungserbringung eines Dritten bedienen, sind die Auskünfte auf Verlangen der Vergabestelle auch vom Dritten abzugeben.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Der Bewerber muss über eine Berufshaftpflichtversicherung verfügen, deren Deckungssumme für Personenschäden mindestens 2 000 000 EUR, für Sachschäden mindestens 2 000 000 EUR, für Umweltschäden mindestens 2 000 000 EUR und für Vermögensschäden mindestens 1 000 000 EUR beträgt (§ 45 Abs. 1 Nr. 3 VgV).

Dies ist durch eine Bescheinigung über die Haftpflicht- oder durch eine Exzedentenversicherung nachzuweisen. Die geforderten Nachweise sind mit dem Teilnahmeantrag einzureichen. Für den Nachweis genügt die Zusicherung des Bewerbers zum Abschluss dieser Versicherung im Auftragsfall in Verbindung mit

einer schriftlichen Zusicherung des Haftpflichtversicherers über die Möglichkeit des Abschlusses einer entsprechenden Versicherung in der geforderten Höhe.

Im Falle einer Beauftragung einer Arbeits- /Bietergemeinschaft haftet jedes Mitglied gesamtschuldnerisch.

III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

1. Tabellarische Liste, in der die zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen namentlich genannt und unter Nennung der jeweiligen Befähigung zur Berufsausübung aufgeführt werden. Diese ist auf Verlangen durch Vorlage von Berufszulassungsurkunden bzw. Studiennachweisen oder sonstigen vergleichbaren Belegen nachzuweisen (§ 46 Abs. 3 Nr. 6 VgV);
2. Erläuterung, aus der die Anzahl der Beschäftigten und deren Ausbildung der letzten 3 Jahre (Führungspersonal, Architekten, Ingenieure, Techniker etc.) hervorgeht (§ 46 Abs. 3 Nr. 2 VgV);
3. Will sich der Bieter bei der Leistungserbringung eines Dritten bedienen, sind die Auskünfte auf Verlangen der Vergabestelle auch vom Dritten abzugeben.

Die vorgenannten Auskünfte sind mit dem Teilnahmeantrag zu erklären.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

I. Mindestanforderung an die Bürogröße:

Der Bewerber muss mindestens hinsichtlich der Person des Projektleiters (Planers) sowie des Bauüberwachers über die Qualifikation eines abgeschlossenen Studiums des Ingenieurwesens verfügen. Hinsichtlich der Bürogröße muss der Bewerber neben der Person des Planers und des Bauüberwachers über jeweils einen Vertreter mit mindestens vergleichbarer beruflicher Qualifikation verfügen.

II. Mindestanforderung an die Erfahrung des Bewerbers:

Der Bewerber hat seine besondere Erfahrung mit der Planung der Erweiterung oder dem Neubau von Kläranlagen durch geeignete Referenzen nachzuweisen. Geeignet sind solche Referenzen, die die nachfolgenden Anforderungen an die Vergleichbarkeit erfüllen und im Rahmen derer die Projekte kosten- und termingerecht abgewickelt wurden.

Es sind mindestens drei Referenzobjekte anzugeben, die die nachfolgenden Bedingungen erfüllen:

Die Referenzen müssen die Erweiterung oder den Neubau von Kläranlagen (mit Vergabe nach VOB/A) mit vergleichbarer Größe zum Inhalt haben (Ausbaugröße bis maximal Größenklasse 3 (bis 10 000 EW), anrechenbare Kosten der Kostengruppen 300+400 nach DIN 276 mindestens 500 000 EUR und maximal 5 000 000 EUR netto). Bei allen Referenzen müssen mindestens die Planungsleistungen für die Ingenieurbauwerke und die Technischen Ausrüstung (hier jeweils mindestens Leistungsphasen 3-6 und 8) erbracht worden sein und die Fertigstellung (d. h. Abschluss der Lph. 8, alternativ die Inbetriebnahme) muss nach dem 1.1.2008 erfolgt sein.

Für alle Referenzen hat der Bewerber Auskunft darüber zu geben, wie sich die Bauzeit und die Baukosten entwickelt haben (Vergleich der Ergebnisse zum Zeitpunkt des Abschlusses der Leistungsphase 3, der Leistungsphase 7 und der Projektergebnisse nach Abschluss der Leistungsphase 8). Abweichungen zwischen den Projektergebnissen und dem Kostenanschlag sowie der geplanten Bauzeit zum Zeitpunkt der Vergabe sind zu begründen.

Hinsichtlich aller Referenzen ist darzustellen, inwieweit die im Rahmen der Referenzobjekte erbrachten Leistungen von den zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen erbracht worden sind.

Zu allen Referenzen hat der Bewerber den Namen, die Anschrift und die Kontaktdaten des Referenzgebers mitzuteilen.

Für die Referenzangaben kann die vorbereitete Liste (siehe Referenzbogen) genutzt werden. Die Referenzangaben sind mit dem Teilnahmeantrag einzureichen.

III.1.5) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten

Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Zugelassen ist, wer nach den Ingenieurgesetzen der Länder berechtigt ist, die Berufsbezeichnung Ingenieur zu tragen, oder nach den EG-Richtlinien, insbesondere der Richtlinien für die gegenseitige Anerkennung der Diplome berechtigt ist, in der Bundesrepublik Deutschland als Ingenieur tätig zu werden. Juristische Personen sind als Auftragnehmer zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe entsprechende Ingenieure benennen. Mit der Bewerbung sind die Voraussetzungen bezüglich der Planvorlageberechtigung im Sinne des § 103 Landeswassergesetz nachzuweisen.

III.2.2) **Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**

Der Auftraggeber wendet das Landestariftreuegesetz (LTTG) Rheinland-Pfalz an.

III.2.3) **Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal**

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) **Beschreibung**

IV.1.1) **Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

IV.1.3) **Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**

IV.1.4) **Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**

IV.1.5) **Angaben zur Verhandlung**

IV.1.6) **Angaben zur elektronischen Auktion**

IV.1.8) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) **Verwaltungsangaben**

IV.2.1) **Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren**

IV.2.2) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

Tag: 27/04/2018

Ortszeit: 12:00

IV.2.3) **Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

Tag: 22/05/2018

IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**

Deutsch

IV.2.6) **Bindefrist des Angebots**

Laufzeit in Monaten: 2 (ab dem Schlussstermin für den Eingang der Angebote)

IV.2.7) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

1. Hinsichtlich der erbetenen Auskünfte zur Erfüllung der Teilnahmebedingungen steht ein Bewerbungsbogen zur Verfügung, den die Bewerber bei ihrer Bewerbung verwenden sollen. Der Bewerbungsbogen kann ausschließlich elektronisch über die Vergabepattform bezogen werden.
2. Die Verwendung des Bewerbungsbogens als Formularvordruck wird für die Erstellung des Teilnahmeantrages empfohlen, maßgeblich bleibt der Inhalt der EU-Bekanntmachung.
3. Rückfragen von Bewerbern werden nur in Textform über die Vergabepattform, per E-Mail oder Fax von der unter I.3) genannten Kontaktstelle entgegengenommen und von der Vergabestelle nur in Textform über die Vergabepattform beantwortet. Rückfragen sollen bis spätestens 10 Tage vor Ablauf der Einreichungsfrist für die Teilnahmeanträge gestellt werden. Für den Versand der Einladungen zum Verhandlungsgespräch und der Informations- und Absageschreiben gemäß § 134 GWB verwendet die Vergabestelle die vom Bewerber angegebene Faxnummer. Im Falle der Bewerbung einer Arbeits-/Bietergemeinschaft aus mehreren Büros erfolgt die Korrespondenz der Vergabestelle mit dem Bewerber ausschließlich über die vom Bewerber angegebenen Kontaktdaten des Bevollmächtigten.
4. Ergänzende Informationen oder sonstige Korrespondenz der Vergabestelle erfolgen grundsätzlich über die Vergabepattform.
5. Die Teilnahmeanträge sind mit den geforderten Erklärungen und Nachweisen innerhalb der Bewerbungsfrist elektronisch in Textform über die unter I.3) angegebene Vergabepattform einzureichen. Die Abgabe von schriftlichen Teilnahmeanträgen und/oder Angeboten (in Papierform) ist nicht zugelassen.
6. Die Teilnahmeantrags- und Vergabeunterlagen sind ausschließlich digital über die Vergabepattform erhältlich. Wir empfehlen, diese erst nach einer Registrierung und dem Login herunter zu laden. Wenn Sie die Teilnahmeantrags- oder Vergabeunterlagen anonym herunterladen, werden Sie nicht automatisch über evtl. Änderungen oder Bieteranfragen einschl. deren Beantwortung informiert. Die Einholung dieser Informationen liegt dann in Ihrer Verantwortung.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
Rheinland-Pfalz
Stiftstraße 9
Mainz
56116
Deutschland
Telefon: +49 6131162234
E-Mail: vergabekammer.rlp@mwwlvw.rlp.de
Fax: +49 6131162113

VI.4.2) **Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren**

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Von Bieterern erkannte Verstöße der vergebenden Stelle gegen das geltende Vergaberecht hat der Bieter bei der vergebenden Stelle spätestens binnen Wochenfrist schriftlich zu rügen. Erklärt die vergebende Stelle, dass sie einer Rüge nicht abhelfen will, hat der Bieter binnen einer Frist von 15 Tagen bei der unter VI. 4.1) genannten Stelle einen Nachprüfungsantrag zu stellen.

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
Rheinland-Pfalz
Stiftstraße 9
Mainz
56116
Deutschland
Telefon: +49 6131162234
E-Mail: vergabekammer.rlp@mwwlw.rlp.de
Fax: +49 6131162113

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
27/03/2018